



## Nachlese

**zum 19. Deutsch-Französischen Dialog,**

**7. - 9. Juni 2017, Europäische Akademie Otzenhausen**

**Thema: „Europa der Bürger – Realität oder Illusion“**

Im Auftrag der ASKO EUROPA Stiftung hat das Deutsch-Französische Institut eine empirische Untersuchung der gelebten Realität deutsch-französischer Beziehungen an der gesellschaftlichen Basis durchgeführt.

Die Ergebnisse wurden auf dem Deutsch-Französischen Dialog (7.-9. Juni 2017, Europäische Akademie Otzenhausen) vorgestellt und mit Politikern sowie Vertretern der Zivilgesellschaft diskutiert. Gegenstand der Untersuchung sind die deutsch-französischen Gesellschaften in ganz Deutschland und deren französische Partner, die Associations franco-allemandes.



(Prof. Dr. Frank Baasner, Direktor Deutsch-Französisches Institut, dfi, Ludwigsburg)

**„Die europäische Zivilgesellschaft lebt –  
deutsch-französische Beziehungen tief verwurzelt“**

Der Deutsch-Französische Dialog war, wie auch in den vergangenen Jahren, in zwei Sequenzen unterteilt. Zunächst trafen sich 30 aktive Teilnehmer zu gemeinsamer Gruppenarbeit, um die Erkenntnisse der Studie zu diskutieren, mit ihren eigenen Erfahrungen zu vergleichen und durch qualitative Überlegungen zur Basisarbeit im Geiste einer europäischen Zivilgesellschaft zu ergänzen. Im zweiten öffentlichen Teil wurden dann am Freitag, 9. Juni, die Ergebnisse der Arbeitsgruppen präsentiert und in der Podiumsdiskussion in einen größeren Zusammenhang gestellt.



### **Die wichtigsten Erkenntnisse der Untersuchung:**

- Die zivilgesellschaftlichen Strukturen sind stabil und werden von einer großen Mehrheit als lebendig empfunden.
- Die DFGs und AFAs erreichen mit ihren Angeboten ein breit gestreutes Publikum.
- Die größten Herausforderungen:
- Der Generationswechsel ist schwierig, weil die jungen Generationen sich selten dauerhaft in Vereinsstrukturen binden wollen, sondern sich eher in einer „Projektlogik“ engagieren.

### **Die Empfehlungen:**

- Die deutschen DFGs sollten sich nach Möglichkeit eng mit den Städtepartnerschaften ihrer jeweiligen Gemeinde koordinieren, denn hier liegt ein beachtliches Synergiepotential.
- Die Politik muss noch stärker eine Kultur der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements entwickeln.
- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit würde erleichtert, wenn in den Grenzgebieten eine Experimentierklausel bestünde, die z.B. die Gründung von gemeinsamen Vereinen gestatten würde.



Unter dem Titel „Europa der Bürger – Realität oder Illusion?“ fand die **Podiumsdiskussion** am 9. Juni statt. Es diskutierten: Frédéric Pfliegersdoerffer (Région Grand Est), Günter Gloser (Staatsminister für Europa a.D.), Carole Ulmer (Confrontations Europe) und Lisa Möller (Deutsch-Französischer Jugendausschuss), es moderierte Frank Baasner (dfi).

Es bestand grundsätzlich Einigkeit darüber, dass der Dialog zwischen den Mandatsträgern auf nationaler wie europäischer Ebene und den Vertretern der Gesellschaft (genauer: der organisierten Zivilgesellschaft) verbessert werden muss, und zwar in beide Richtungen. Gegenseitige Schuldzuweisungen sind wenig sinnvoll. Auch die Institutionen der Europäischen Union müssen weiter an ihrer Kommunikation arbeiten, wenn sie die Potentiale der Bürger in Europa wirklich heben wollen – die Förderangebote sind oft zu wenig bekannt, wirken abschreckend und gerade für die weniger gebildeten Schichten prohibitiv. Ein weiteres Problem, das sowohl die Mandatsträger als auch die Vertreter der Gesellschaft sehen, ist die Fixierung der medialen Öffentlichkeit auf negative Schlagzeilen.

Wenn es gelingen würde, die Errungenschaften der europäischen Zusammenarbeit ins Bewusstsein der Bürger zu bringen, wäre es wesentlich leichter, für Europa zu werben.

